

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Björn Försterling und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen der Landesregierung mit den Islamverbänden?

Anfrage der Abgeordneten Björn Försterling und Dr. Stefan Birkner (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 11.10.2018

Im Januar 2017 wurden die Verhandlungen der Landesregierung mit den Islamverbänden zur Aushandlung eines Staatsvertrages seitens der rot-grünen Landesregierung ausgesetzt (*Spiegel Online*, 20.01.2017). Zu Beginn der neuen Wahlperiode gab es im Dezember 2017 ein Gespräch zwischen Ministerpräsident Weil und den Islamverbänden Ditib und Schura in der Staatskanzlei, dessen Ziel laut Presseberichten das Treffen von Einzelabsprachen gewesen sei, also explizit nicht das Aushandeln eines Staatsvertrages (NDR, 19.12.2017). Nach dem Treffen, an dem auch Kultusminister Tonne teilnahm, signalisierten die Islamverbände weiterhin ein großes Interesse am Zustandekommen eines Staatsvertrages (*HAZ* 23.12.2017).

Der Koalitionsvertrag der Großen Koalition sieht einen Staatsvertrag nicht explizit als Ziel von Verhandlungen vor, sondern lässt auch die Möglichkeit für andere Lösungen offen. Dort heißt es (Zeile 562 bis 572):

„SPD und CDU werden anknüpfend an die zum Abschluss eines Vertrages mit den muslimischen Verbänden geführten Gespräche aus der abgelaufenen Wahlperiode den interreligiösen Dialog fortsetzen. Ziel ist die Entwicklung eines Formats der Zusammenarbeit, das einerseits der besonderen Verfasstheit der muslimischen Organisationen gerecht wird und andererseits die Gewähr dafür bietet, dass der mit dem Vertragsschluss seinerzeit angestrebte Zweck erreicht wird, sei es durch einen Vertrag, sei es auf vergleichbare andere Weise. Dieser Prozess soll durch Gutachten unterstützt werden, die sich mit den religiösen und rechtlichen Besonderheiten der muslimischen Organisationen auseinandersetzen und denkbare Modelle der Zusammenarbeit sowie die Schritte darstellen, die für eine erfolgreiche Einigung erforderlich sind.“

1. Gab es seit dem Gespräch im Dezember 2017 weitere Gespräche mit den Islamverbänden?
2. Wenn ja, was waren die Inhalte und Ergebnisse dieser Gespräche?
3. Wie weit sind die Verhandlungen mit den Islamverbänden bisher gekommen, und was ist das derzeitige Ziel der Landesregierung hinsichtlich der Frage nach der Art des angestrebten Ergebnisses (Staatsvertrag oder andere vergleichbare Lösungen)?
4. Sind weitere Gespräche mit den Islamverbänden geplant, und wenn ja, wann?
5. Welche Auswirkung hat nach Ansicht der Landesregierung die derzeitige Diskussion um eine Beobachtung der Ditib durch den Verfassungsschutz auf die Verhandlungen, und wie steht die Landesregierung zu diesem Thema?

(Verteilt am 12.10.2018)